



Niederschrift

60. Plenarsitzung des Gemeinderates
22. Januar 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzende: Erste Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz

16.

Punkt 15 der Tagesordnung: Prüfung der Ansprüche der Stadt Karlsruhe im Dieselskandal

Antrag: KULT

Vorlage: 2018/0771

Beschluss:

Mit Stellungnahme einverstanden

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Lancier (KULT): Der Gemeinderat hat eine Kontrollfunktion gegenüber der Stadtverwaltung, legitimiert durch die Wahl vom Souverän, der Wahlbevölkerung. Diese Kontrollfunktion füllen wir aus, beispielsweise in Aufsichtsräten oder Beiräten, wo wir kontrollieren, ob alles im Sinne der Wähler umgesetzt wird. Manchmal fallen uns aber auch noch andere Dinge auf oder wir werden darauf aufmerksam gemacht. Sachverhalte zum Beispiel, wo der Gemeinschaft Schaden zugefügt wird oder zugefügt werden könnte.

So wie in diesem Fall, wo in der allgemeinen Empörung über die unverfrorene Bescheißerei der Kfz-Hersteller zum Schaden der Verbraucher, Umwelt und Gesundheit, die Frage nach dem Schaden bei der öffentlichen Hand ganz unter dem Radar geblieben ist. Konsequenterweise haben das Land Baden-Württemberg und auch andere sich zu Millionenklagen entschlossen. Jetzt hat sich auch die Stadt intensiv mit der Frage beschäftigt, wie der Antwort zu entnehmen ist. Sie hat sich dabei allerdings offenbar zunächst auf VW konzentriert. In dem Zusammenhang konnten wohl alle Maßnahmen im Sinne der Vermeidung von Schadensfällen erfolgreich umgesetzt werden. Dafür sprechen wir im Namen der Bevölkerung und Steuerzahler als KULT-Fraktion unseren Dank aus.

In der Antwort der Verwaltung ist angesprochen, ob generell überhaupt ein Schadenersatz aus dem so genannten Dieselskandal abgeleitet werden kann, ist weiterhin umstritten. Bereits gesprochene Urteile fallen unterschiedlich aus. Eine höchstrichterliche Rechtsprechung wird noch erwartet. Im Fazit wird dann auch im Hinblick auf die juristische Position der Stadt gesagt, die Stadtverwaltung hat aktuell keine weiteren rechtlichen Schritte eingeleitet, wird die weitere Entwicklung jedoch im Blick behalten. Mit der Antwort sind wir aus dem Grund zufrieden. Auch die geschilderten Maßnahmen in der Antwort sind sehr zu unserer Zufriedenheit. Insofern betrachten wir die Angelegenheit als erledigt und werden keine Abstimmung benötigen.

Stadtrat Pfankuch (CDU): Wenn das der Antragsteller so sieht, dann sehen wir das auch.

Die Vorsitzende: Sehen das die anderen Wortmeldungen ebenso? Nein.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Wir sind mit der Antwort der Verwaltung sehr zufrieden, dass sie gar nicht betroffen ist. Es wurde nicht untersucht aufgrund des Antrags, sondern schon vorher.

Ich möchte nur noch einmal betonen. Es ist nicht von ungefähr, dass die nicht betroffen sind. Einfach deshalb, weil die Stadtverwaltung schon sehr früh angefangen hat, Gasfahrzeuge zu kaufen, die davon gar nicht betroffen sind und die auch deutlich umweltfreundlicher sind als alles andere, was so angeboten wurde. Insofern sind wir mit der Verwaltung in diesem Punkt sehr zufrieden.

Stadtrat Bernhard (AfD): Ich hätte jetzt vielleicht eher nichts gesagt, aber nach den Einlassungen des Kollegen Lancier, wo einige Falschmeldungen drin sind, wollte ich mich jetzt noch einmal melden. Zunächst einmal ist klar, dass man sich natürlich nur auf VW konzentriert hat, weil VW das einzige Unternehmen war, das hier einen Betrug begangen hat. Die anderen haben das nicht gemacht. Zudem muss man auch noch sagen, bundesweit sind zwischenzeitlich 97 % aller Fahrzeuge nachgerüstet worden. Sie erfüllen also, so wie auch hier in Karlsruhe, wie die Stadtverwaltung selber sagt, die gesetzlichen Ansprüche. Damit kann kein Schadenersatzanspruch mehr bestehen, außer man hätte in der Zeit, während der Nachrüstung, einen Ausfall gehabt oder sonst irgendetwas.

Das einzige, was mich auch noch stört, ansonsten ist die Antwort der Stadt sehr gut, ist der Hinweis auf Fahrverbote. Fahrverbote haben damit überhaupt nichts zu tun. Die Fahrzeuge, die wir jetzt in der Stadt haben und die 97 % der Fahrzeuge, die nachgerüstet sind, erfüllen alle gesetzlichen Vorgaben. Das hat mit Fahrverboten nichts zu tun. Fahrverbote haben wir, weil wir einen relativ niedrigen 40 Mikrogramm-Grenzwert haben, der von führenden Medizinern als grober Unfug und ideologische Panikmache bezeichnet wird. Das ist der Punkt, den wir haben. Das hat überhaupt nichts mit dem Dieselskandal zu tun. Man darf das nicht immer in einen Topf werfen. Da wurde betrogen. VW hat nachgerüstet. Die letzten 3 % müssen sie auch noch bringen, vielleicht gibt es dafür Schadenersatz. Aber mit Fahrverboten hat das überhaupt nichts zu tun. Das darf man nicht in einen Topf werfen. Die Stadt ist auch gut daran beraten, jetzt nichts zu tun. Welchen Schadenersatz könnten wir denn geltend machen? – Gibt es nicht, eben.

Die Vorsitzende: Wir haben in der Vorlage dargelegt, dass wir sehr wohlwollend mit Weisheit und mit Unterstützung des Gemeinderates unseren Fuhrpark rechtzeitig umgestellt haben. In der Tat haben wir derzeit keinen bezifferbaren Schaden. Deswegen hat sich der Antrag erledigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
29. Januar 2019